

10. / III. 1917

170

**Konzentration der Industrie.**

Ein Plan der Regierung.

Handelsminister Dr. Urban hat für gestern Vertreter der drei großen industriellen Verbände sowie Vertreter der Gewerkschaftskommission

eingeladen, um ihnen einen Plan bekanntzugeben. Es soll nämlich, wie es vielfach in Deutschland geschehen ist, eine Konzentration der Industriebetriebe auch in Oesterreich eintreten, weil dadurch, wie die Regierung glaubt, mit größerer Wirtschaftlichkeit gearbeitet werden könnte.

Dr. Urban meinte, der Wunsch nach leichter Kohlenversorgung und nach Beseitigung der Verkehrserschwerigkeiten sowie andere Umstände (gemeint ist hier wohl die Ersparung von Arbeitskräften) haben den Plan entstehen lassen, Betriebe zu konzentrieren, das heißt mehrere Betriebe zusammenzulegen. Ein größerer Betrieb brauche verhältnismäßig weniger Kohlen und auch die Beförderung auf den Bahnen sei leichter, wenn an einem bestimmten Orte viel ein- und ausgeladen werde, als wenn dieselbe Menge an verschiedenen Orten behandelt werden müsse. Der Plan werde nur durchgeführt werden, wenn dasselbe auch in Ungarn geschehe. Geschädigten solle Entschädigung gewährt werden.

Im Namen der drei industriellen Verbände erklärte sich Kommerzialrat Bettegger gegen den Plan. Er meinte schließlich, wenn doch irgend etwas in dieser Richtung geschehen sollte, so sei nicht nur auf die Wünsche der einzelnen Branchen Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die Bedingungen jedes einzelnen Betriebes. Dann sprachen die Herren B. W. Beer, Dr. v. Frieß und Kuffler namens der Schafwoll-, der Zuder- und der Baumwollindustrie. Sie erklärten sich ebenfalls gegen den Plan und meinten, die Verhältnisse seien in Oesterreich anders als in Deutschland. Vorsicht sei schon deshalb geboten, weil, wenn man Betriebe jetzt im Kriege auflasse, viele wahrscheinlich im Frieden nicht mehr auferstehen würden. Es komme auch in Betracht, daß die kleinen Unternehmer heute staatliche Aufträge deshalb ausführen müssen, weil die großen Betriebe ohnehin bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angepannt und deshalb gezwungen seien, Arbeit an Kleingewerbetreibende zu übertragen.

Als Vertreter der Gewerkschaftskommission nahmen Domes, Janusch, Gueber und Seig an der Besprechung teil. Sie erklärten: Die Arbeiter haben sich selbstverständlich einer Konzentration der Betriebe, die im Laufe der natürlichen Entwicklung erfolgte, niemals entgegengestellt. Gegen eine plötzliche und sprunghafte, ja gewalttätige durchgeführte Konzentration sprechen allerdings die schwersten Bedenken. Vor allem dürfte die Zusammenfassung der Betriebe nicht planlos erfolgen, ohne daß ein etwa vorhandener Plan den maßgebenden Organisationen der Industriellen und der Arbeiterschaft zur Prüfung unterbreitet wird. Eine solche Prüfung, die vom Standpunkt jeder einzelnen Branche ausgehen muß, müßten die Gewerkschaften von zwei Gesichtspunkten aus vornehmen: vom Standpunkt jener Arbeiter, die überflüssig werden sollen, und jener, die in den zu vergrößerten Betrieben neu beschäftigt werden sollen. Der Minister hat wohl von Entschädigungen und Unterstützungen an die Arbeiter, die überflüssig werden sollten, gesprochen. Man weiß aber aus Erfahrung, wie es um solche Unterstützungen beschaffen ist. Die Arbeiter sind keine Bettler und Almosenempfänger, sie wollen arbeiten und erwerben. Bei der großen Zahl der Eingekerkerten kann übrigens den Zurückgebliebenen genug Arbeit verschafft werden. Was die zweite Gruppe betrifft, so müssen zunächst Garantien geschaffen werden, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht verschlechtert werden, ferner, daß diejenigen, die ihre Arbeitsstelle wechseln, samt ihren Familien ange-

messene Wohnungen finden und eine ausreichende und zweckmäßige Organisation der Nahrungsmittelversorgung antreffen. Wird die Familie nicht an die neue Arbeitsstätte mitgenommen, so muß sie durch den Unterhaltsbeitrag taglos entschädigt werden. Gerade in dieser Hinsicht hat man viele Erfahrungen gemacht, die zu den schwersten Bedenken führen. Sollte die von diesen Gesichtspunkten ausgehende Prüfung ergeben, daß nicht alle Garantien die möglich sind, bestehen, so würde sich die ablehnende Haltung noch verschärfen. Wenn man sieht, wie groß im Deutschen Reich der Einfluß der Berufsorganisationen der Industriellen und der Arbeiter bei allen Kriegswirtschaftlichen Vorkehrungen und besonders bei der Schaffung und Durchführung des Hilfsdienstgesetzes ist, so empfindet man so recht die politische Rückständigkeit in Oesterreich. In dieser Frage wäre es von den allerschwersten Folgen, wenn man irgendeinen Schritt unternähme, ohne die Gutachten der Organisationen zu hören und zu beachten.

Der Vorsitzende gab am Schluß einen Heberblick über die Erörterungen und dankte für die Ruffchlüsse, die erteilt wurden.